

Mox

DIABOLO

[Von der Puten-Queen zur Hobbygärtnerin?](#)

14. 11. 2013

Von der Puten-Queen zur Hobbygärtnerin?



Text | Christoph Kienemann

Fast 3 Jahre ist es her, als die damalige Niedersächsische Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Astrid Grotelüsch (CDU), ihren Posten räumen musste. Tierschützer und die damalige Opposition von SPD, Grünen und Linken beklagte seinerzeit, dass Grotelüsch ihr Regierungsamt mehr als Lobbyistin bekleiden würde und Probleme in der Massentierhaltung verharmlose. Seit September 2013 sitzt Astrid Grotelüsch im Bundestag, welche Interessen sie dort vertreten wird ist fraglich.

Mitte Juli 2010 war es Tierschützern gelungen, die Lebensbedingungen von Mastputen in Ställen der Putenerzeugergemeinschaft Mecklenburg-Vorpommern zu filmen. Die Filmaufnahmen zeigten verletzte und verendete Tiere. Zustände, die von Experten als Tierquälerei eingestuft wurden. Die Puten sollten aus der Mastputenbrüterei Ahlhorn stammen, das Unternehmen gehört der Familie Grotelüsch, Geschäftsführer ist auch heute noch Garlich Grotelüsch, Ehemann von Astrid Grotelüsch. Sie selbst hat das Unternehmen mitaufgebaut und geleitet, erst im April 2010 verließ Grotelüsch das Unternehmen, als sie vom damaligen Ministerpräsidenten Wulff zur Ministerin berufen wurde.

Das Unternehmen der Grotelüschens produziert pro Jahr ca. 5 Millionen Bruteier, die geschlüpften Tiere werden an Mastbetriebe geliefert und dann später in Schlachthöfen geschlachtet, an denen die Grotelüschens beteiligt sind. Recherchen von Report Mainz zeigten im Jahr 2010, dass die Mastputenbrüterei Ahlhorn der größte Gesellschafter der Putenerzeugergemeinschaft Mecklenburg-Vorpommern war. Mit Astrid Grotelüschens leitete damit eine Unternehmerin aus der industriellen Massentierhaltung das Ministerium, das sich insbesondere auch für das Wohl der Tiere einsetzen sollte. Eine fragwürdige Kombination. Verantwortung für die Missstände in den Putenställen wollte Grotelüschens nicht übernehmen, dass sie sich auch nicht für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Puten einsetzen wollte, machte sie schließlich als Ministerin untragbar.

Die politische Karriere von Astrid Grotelüschens war mit ihrem Rücktritt jedoch nicht beendet. Bei der vergangenen Bundestagswahl gewann sie, denkbar knapp, das Direktmandat des Wahlkreises Delmenhorst – Wesermarsch – Oldenburger-Land. Im Wahlkampf inszenierte sich Grotelüschens nun nicht mehr als „Puten-Queen“. Die Ärzteversorgung auf dem Land, Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder die Kinderbetreuung, diese Themen standen im Vordergrund ihres Wahlkampfes; die Landwirtschaft spielte anscheinend nur am Rande eine Rolle.

Ein Wandel, der dem Vorsitzenden der Bürgerinitiative Bündnis MUT aus Großenkneten, Wilfried Papenhusen, wenig glaubwürdig erscheint. Papenhusen hält es vielmehr für wahrscheinlich, dass Grotelüschens weiterhin ein Teil des Systems der industriellen Massentierhaltung bleiben und sich für deren Belange einsetzen wird. Eine Vermutung, die plausibel klingt, verdient die Familie Grotelüschens doch ihr Geld in der industriellen Massentierhaltung und profitiert von möglichst niedrigen Tierschutzauflagen.

Tierschützer fordern seit langem strengere und rechtlich verbindliche Grenzwerte für die Haltung von Puten. In Deutschland werden Puten in Besatzdichten von 52 bzw. 58 kg/m² gehalten, der Deutsche Tierschutzbund fordert hingegen Höchstwerte von 40 kg/m² für Hähne und 35 kg/m² für Hennen. Doch höhere Tierschutzauflagen gefährden die Profite der industriellen Massentierhaltung. Die Branche stand zudem immer wieder für ihre schlechten Arbeitsbedingungen in der Kritik. Vor Ort organisiert sich daher immer öfter Widerstand gegen den weiteren Ausbau der industriellen Massentierhaltung.

Bürgerinitiativen, wie das Bündnis MUT aus Großenkneten, wenden sich gegen die industrielle Massentierhaltung mit allen ihren negativen Auswirkungen, wie Antibiotikaresistenzen, Tierquälereien oder der Verschmutzung von Gewässern. Sie fordern eine nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft, die sich auf ihre Traditionen besinnt und für die die Gewinnmaximierung nicht über das Wohl von Mensch und Tier geht. Der Einsatz zeigt bereits Früchte. In Ahlhorn sprach sich zuletzt in einer Bürgerbefragung die Mehrheit der Bürger gegen den Bau eines neuen Großschlachthofes der Firma Kreienkamp aus. Für die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft ein Meilenstein in der Bekämpfung agrarindustrieller Strukturen in Deutschland.